



Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „Den Führerscheinerwerb erleichtern – Kosten senken, Zugang verbessern, Sicherheit stärken“ (Drucksache 20/4109)

Der Führerschein muss bezahlbar sein – Kostensteigerungen begrenzen und spürbare Entlastungen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Auto ist und bleibt ein wichtiger Verkehrsträger, um den Menschen ihr Grundbedürfnis nach Mobilität und so die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Kosten für den Führerschein und die Preissteigerungen der vergangenen Jahre stellen allerdings für viele Menschen eine immer größere finanzielle Hürde dar, wodurch die Möglichkeit der individuellen Mobilität eingeschränkt werden kann. Der Landtag begrüßt daher die aktuelle Diskussion zur Reform der Führerscheinausbildung zwischen Bund und Ländern, mit der das Ziel verfolgt wird, die Kosten für den Führerscheinerwerb zu begrenzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im weiteren Austausch mit dem Bund und den Ländern – unter anderem auf der anstehenden Verkehrsministerkonferenz – unter Wahrung der bewährten Ausbildungsstandards für die Begrenzung der Kostensteigerungen und spürbare Entlastungen bei der Führerscheinausbildung einzusetzen. Dabei darf sich nicht nur auf die vorliegenden Eckpunkte für die Führerscheinreform beschränkt werden, sondern es müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich unter anderem auch dafür einzusetzen, dass

- die Kosten für die Führerscheinausbildung künftig steuerlich absetzbar sind,
- die staatlich vorgegebenen Verwaltungs- und Prüfungsgebühren reduziert werden,

- die Prüfungskapazitäten durch den Wegfall des Monopols von TÜV und DEKRA verbessert werden.

Christopher Vogt
und Fraktion